

► Allgemeines

Arbeitsmarktsituation für ältere Menschen hat sich verbessert. Laut einer im Juli dieses Jahres erschienenen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat sich die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland im Zeitraum von 1998 bis 2008 merklich erhöht und liegt nun mit 53,8 % über dem im Jahr 2000 vereinbarten EU-Ziel von 50 % für das Jahr 2010. Während die Beschäftigung von über 60-Jährigen und von älteren Menschen mit geringer Qualifikation noch mit Problemen behaftet sei, zeige sich in der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen ein deutlicher Anstieg der Berufstätigkeit. Dieser sei zurückzuführen auf konjunkturelle Entwicklungen, auf die Signalwirkung der beschlossenen Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre und auf bereits vollzogene gesetzliche Änderungen wie die Einschränkung der Frühverrentung und die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre. Abträglich in dieser Hinsicht seien die seit Januar 2008 geltende Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, das Blockmodell der Altersteilzeit und die Regelung, dass über 58-jährige Arbeitslosengeld-II-Beziehende dann nicht mehr als arbeitslos gezählt werden, wenn ihnen vom Arbeitsamt ein Jahr lang keine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit angeboten wird. Nach Auffassung des IAB eignen sich vor allem präventive Ansätze im Bereich der Bildungs- und Gesundheitspolitik, um die berufliche Integration von Seniorinnen und Senioren zu fördern. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 22. Juli 2009*

Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Selbstverlag. Berlin 2009, 40 S., kostenlos
DZI-D-8804

Bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland wird den seit den 1960er-Jahren entstandenen Migrantenselbstorganisationen (MSO) eine immer größere Bedeutung beigemessen, da sie einen guten Zugang zu den einzelnen Communities haben und so zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Zugewanderten vermitteln können. Die Möglichkeiten der öffentlichen und privaten Förderung dieser Organisationen waren im Oktober 2008 Gegenstand einer Fachtagung, deren Beiträge hier dokumentiert sind. Sie thematisieren die Rolle der MSO im ostdeutschen Raum, die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Handlungsansätze der Robert Bosch Stiftung in den Bereichen Bildung und interkulturelle Öffnung. Auch die Ergebnisse der abschließenden Diskussionsrunden und der Arbeitsgruppen sind in der Broschüre zusammengefasst. Bestelladresse: BBE, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel. 030/629 80-110

Transatlantischer Ideenwettbewerb USable zum Engagement der Generation 50+. In ihrer aktuellen Ausschreibung zum Ideenwettbewerb USable sucht die Kör-



**Märkte für Menschen:
verantworten – gestalten –
selbst bestimmen**

**Kongress:
10.–12. Nov. 2009**

**Fachmesse:
11.–12. Nov. 2009**

Messezentrum Nürnberg

Information und Anmeldung

Besucherbüro Fürsorgetag-ConSozial 2009
Tel. 0 91 28 / 50 26 01
Fax 0 91 28 / 50 26 02
E-Mail: info@fuersorgetag-consozial.de
Internet: www.fuersorgetag-consozial.de



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.



Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

www.fuersorgetag-consozial.de

ber-Stiftung in Hamburg Ideen und Projekte, in denen das Engagement von Menschen ab 50 im Mittelpunkt steht. Erwünscht ist dabei eine Orientierung an der Philosophie des amerikanischen Bürgersinns oder ein konkretes Vorbild aus den USA oder Kanada. In einem zweistufigen Verfahren werden zunächst 20 Initiativen ausgewählt, die eine Unterstützung in Form von gezielten Workshops zur Gestaltung gemeinnütziger Projekte erhalten. Drei von diesen gewinnen dann in der zweiten Runde ein projektgebundenes Preisgeld von jeweils 20 000 Euro. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Oktober 2009. Ausführliche Informationen zum Auswahlverfahren bietet die Website www.usable.de.
Quelle: info der Bank für Sozialwirtschaft 8.2009

Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Erster Zwischenbericht. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Selbstverlag. Berlin 2009, 260 S., kostenlos *DZI-D-8817*

Das im April 2009 mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) eingerichtete Nationale Forum für Engagement und Partizipation begleitet die Bundesregierung bei der Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie. Im April und Mai dieses Jahres fanden die ersten beiden Fachkongresse statt, in deren Rahmen von über 300 Expertinnen und Experten in zehn Dialogforen Eckpunkte für eine engagementpolitische Agenda erarbeitet wurden. Dieser erste Zwischenbericht benennt für mehr als 60 Handlungsfelder konkrete Vorschläge, die zum Beispiel eine bessere Vernetzung und Qualifizierung der freiwillig Engagierten und den Ausbau von internetbasierten Informationsplattformen beinhalten. Mit seinen Empfehlungen und einem Überblick über die Aktivitäten der verschiedenen Bundesressorts und der Länder zur Engagementförderung versteht sich der Bericht als Grundlage für die vorgesehene Weiterentwicklung der Engagementpolitik. Bestelladresse: BBE, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 25, E-Mail: forum@b-b-e.de

► Soziales

Weniger Bürokratie bei der Befreiung von Rundfunkgebühren. Seit Juli 2009 versendet die Bundesagentur für Arbeit mit jedem ALG-II-Bewilligungsbescheid automatisch eine Bescheinigung zur Vorlage bei der Gebühreneinzugszentrale (GEZ), die direkt mit dem Antrag auf Gebührenbefreiung an die GEZ übersandt werden kann. Eine Vorsprache in den Arbeitsgemeinschaften, um Mehrfertigungen oder Beglaubigungen von ALG-II-Bewilligungsbescheiden für die GEZ zu erhalten, ist damit nicht mehr erforderlich. Über den Antrag auf Gebührenbefreiung entscheidet weiterhin ausschließlich die GEZ. *Quelle: Presse Info 052 der Bundesagentur für Arbeit*

Verdeckte Obdachlosigkeit bei Frauen. Trotz ihrer steigenden Zahl sind obdachlose Frauen in der Öffentlichkeit nahezu unsichtbar. Da sie häufig bei Bekannten unterkommen oder Orte finden, wo sie sich zumindest tagsüber aufhalten dürfen, leben dem Anschein nach nur sehr wenige von ihnen auf der Straße. Die Wohnungslosigkeit ist so verdeckt, dass beispielsweise in der Stadt Kleve nur sechs obdachlose Frauen in der Notunterkunft untergebracht sind. Andererseits haben im letzten Jahr 175 Frauen in „prekären Wohnsituationen“ die dortige Beratungsstelle der Cari-

tas konsultiert. Nach Auffassung des Caritasverbandes für die Diözese Münster ist es neben einer besseren Vernetzung notwendig, die jeweiligen Dienstleistungen der Kommunen auszubauen und mehr spezifische Hilfeangebote bereitzustellen. Menschen ohne Unterkunft sind in diesem Jahr Zielgruppe der von Caritas organisierten Kampagne „Soziale Manieren für eine bessere Gesellschaft“. Weitere Informationen unter www.caritas-muenster.de. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom August 2009*

Ein-Euro „Jobs“ sinnvoll ersetzen – Von der Kritik hin zum Pilotprojekt. Von Angelika Wernick und Solveig Koitz. Hrsg. Verein zur Förderung kultureller und beruflicher Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen e. V. (BBJ). Selbstverlag. Berlin 2008, 48 S., EUR 15,25 *DZI-D-8719* Neuere Berichte des Bundesrechnungshofs und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weisen darauf hin, dass die im Jahr 2005 eingeführte Maßnahme der Ein-Euro-Jobs ihr Ziel weitgehend verfehlt hat, denn für drei von vier Teilnehmenden hätten sich keine messbaren Integrationsfortschritte ergeben. Aus diesem Grund plädieren die Autorinnen dafür, das fragliche Arbeitsmarktinstrument durch Möglichkeiten zu einer sozialversicherungspflichtigen, gesellschaftlich relevanten Teilzeitarbeit zu ersetzen. Öffentlich geförderte Beschäftigungen sollten nach ihrer Auffassung allen Beziehenden von ALG II zugänglich sein und beispielsweise freiwillige Tätigkeiten in der Familienhilfe, im interkulturellen oder künstlerischen Bereich und in der Seniorenbetreuung umfassen. Zunächst sei es sinnvoll, in wissenschaftlich evaluierten Pilotprojekten Empfehlungen für die weitere Umsetzung zu erarbeiten. Bestelladresse: Verein zur Förderung kultureller und beruflicher Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen e. V. (BBJ), Herbergstraße 84, 10365 Berlin, Tel.: 030/ 55 05-10 11, E-Mail: buschendorf@bbj.de

Bericht der Heimaufsicht in Sachsen im Internet veröffentlicht. Der aktuelle Bericht der Heimaufsicht in Sachsen für die Jahre 2006 und 2007 ist ab sofort unter www.familie.sachsen.de abrufbar. Dokumentiert werden die Arbeitsergebnisse für den genannten Zeitraum unter Berücksichtigung verschiedener Tätigkeitsbereiche. Beispielsweise habe sich die Anzahl der Beratungen im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum um 116 % erhöht. Die Publikation benennt auch die bei den Prüfungen der Heime vorgefundenen Mängel und bietet ein regional und nach Einrichtungart gegliedertes Adressenverzeichnis über den Gesamtbestand der Heiminstitutionen in Sachsen. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales vom Juli 2009*

Sozialstrukturatlas Berlin 2008. Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin. Berlin 2009, 539 S., EUR 15,- *DZI-D-8806* Der seit dem Jahr 1990 in unregelmäßigen Abständen herausgegebene Sozialstrukturatlas ist ein zentrales Element der Sozial- und Gesundheitsberichterstattung im Land Berlin. Diese Neuauflage ermöglicht anhand von Daten aus dem Jahr 2006 einen Einblick in die Lebenswirklichkeit der Stadtbevölkerung, wobei eine Gliederung

in rund 450 lebensweltlich orientierte Planungsräume erfolgt. Die Studie enthält Informationen zu Themen wie Haushaltstruktur, Bildung, Erwerbsleben, Einkommen und Gesundheitszustand, auf deren Grundlage stadt- und kommunalpolitische Handlungsansätze für eine ausgewogene sozialräumliche Entwicklung beschrieben werden. Bestelladresse: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28-26 60, E-Mail: Gerhard.Meinlschmidt@Sen.GUV.Berlin.de

► Gesundheit

Schiedsstelle für Patientenverfügungen. Am 18. Juni dieses Jahres verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Gesetz, wonach der in einer Patientenverfügung vorausgehend dokumentierte Patientenwille im Hinblick auf medizinische Maßnahmen und längerfristige Therapien Gültigkeit hat, wenn ein Patient oder eine Patientin sich krankheitsbedingt nicht mehr selbst äußern kann. Um bei der Auslegung einzelner Willenserklärungen Hilfestellung zu leisten, hat die Deutsche Hospiz Stiftung eine Schiedsstelle eingerichtet, die im Fall von Konflikten zwischen der Ärzteschaft und den Angehörigen schlichtend zur Seite steht. Das Angebot umfasst die Vermittlung vor Ort, die Erstellung von Gutachten und eine Beratung unter der Telefonnummer 02 31/738 07 30 oder per E-Mail an schiedsstelle@hospize.de. Weitere Informationen sind auf der Website www.hospize.de zu finden. *Quelle: Die BKK Juli/2009*

Stand der Einrichtung von Pflegestützpunkten. In dem am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Pflege-Weiterentwicklungsgesetz wurde festgelegt, dass zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten Pflegestützpunkte einzurichten sind, sofern die jeweils zuständige oberste Landesbehörde dies bestimmt. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervorgeht, haben inzwischen mehr als die Hälfte der 16 Bundesländer der Einrichtung solcher Pflegestützpunkte zugestimmt. Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein erließen Allgemeinverfügungen, während das Land Brandenburg beschloss, insgesamt drei Pflegestützpunkte aufzubauen. Auch in Baden-Württemberg und Niedersachsen sind entsprechende Vereinbarungen getroffen worden. Zugelassene Pflegeeinrichtungen, Pflegefachkräfte, Selbsthilfegruppen und Ehrenamtliche sollen nach Maßgabe in die jeweiligen Tätigkeiten miteinbezogen werden, damit die Leistungserbringenden eine Möglichkeit erhalten, ihr Angebot vorzustellen. *Quelle: Newsletter Forum aktuell Juli/2009*

Pflegeversicherungsreform. Hrsg. Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. Selbstverlag. Berlin 2008, 90 S., kostenlos *DZI-D-8803* Hilfe und Unterstützung für ein Leben mit Pflegebedarf gibt es über unterschiedliche Wege und auch die Kosten dafür werden von verschiedenen Stellen getragen oder bezuschusst. Um die Orientierung zu erleichtern, gibt diese Broschüre einen Überblick über die jeweiligen Leistungsansprüche und beschreibt die vielfältigen Möglichkeiten der ambulanten und stationären Pflege unter Berücksichtigung der durch die Pflegeversicherungsreform

vom 1. Juli 2008 entstandenen Neuerungen. Die Darstellung umfasst mit Stand vom September 2008 auch Fragen der Einstufung sowie Hinweise zum Pflegegeld, zum Sozialhilferecht und zu besonderen Angeboten wie Kurzzeitpflege oder häusliche Krankenpflege. Im Anhang finden sich die Internetquellen zu den relevanten Gesetzestexten und ein Verzeichnis der bpa-Geschäftsstellen in den einzelnen Bundesländern. Bestelladresse: Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Friedrichstraße 148, 10117 Berlin, Tel.: 030/30 87 88 60, E-Mail: bund@bpa.de

15. Deutscher Präventionstag 2010 in Berlin. Der Präventionstag ist ein seit dem Jahr 1995 stattfindender Kongress, in dessen Rahmen ein Erfahrungsaustausch zu Fragen der gesundheitlichen und sozialen Vorsorge stattfindet, um auf dieser Grundlage Empfehlungen an die Praxis, Verwaltung, Politik und Wissenschaft zu erarbeiten. Themen des nächsten Präventionstages am 10. und 11. Mai 2010 sind das gesamte Arbeitsfeld der Kriminalprävention und die Triade „Bildung – Prävention – Zukunft“, zu dem bereits über 300 Redebeiträge angekündigt sind. Präventionsprojekte, Gruppen, Verbände und Institutionen, die sich aktiv beteiligen möchten, finden weitere Informationen und Bewerbungsformulare auf der Internetseite www.praeventionstag.de. Einsendeschluss für Vorträge und Präsentationen ist der 30. Oktober 2009, für die begleitende Ausstellung der 15. Januar 2010. Das detaillierte Programm erscheint im Frühjahr 2010. *Quelle: Presseinformation des Deutschen Präventionstages Juli/2009*

Beratungsangebot zur Verbesserung der Arbeitslogistik in der Altenpflege. Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) bietet unter der Bezeichnung a.i.d.a. („Arbeitslogistik in der Altenpflege“) einen Service an, mit dessen Hilfe die Pflegedienste mehr Zeit für die Betreuung gewinnen und dabei zugleich die Gesundheit ihrer Beschäftigten fördern können. Während der 18-monatigen Projektlaufzeit erhalten die teilnehmenden Einrichtungen sachkundige Beratung, um ihre Personaleinsatzplanung optimal auf den realen Pflegebedarf abzustimmen. Zusätzlich zu der bisherigen „gepoolten“ Version für mehrere Einrichtungen ermöglicht die neue Variante a.i.d.a.-single nun auch die individuelle Nutzung durch einzelne Institutionen. Während der Pilotphase gelten derzeit noch besondere finanzielle Konditionen. *Quelle: BGW Mitteilungen 3.2009*

► Jugend und Familie

Zunehmende Anzahl von Sorgerechtsentzügen. Um eine Gefährdung des Kindeswohls abzuwenden, wurde nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2008 in 12 250 Fällen der vollständige oder teilweise Entzug des elterlichen Sorgerechts angeordnet. Dies entspricht (ausgenommen Berlin, wo für 2007 eine deutliche Unterfassung vorliegt) einer Erhöhung um 8 % gegenüber dem Jahr 2007. In 9 100 Entscheidungen sprachen die Gerichte das Sorgerecht ganz oder teilweise den Jugendämtern zu, in den übrigen Verfahren an eine Einzelperson oder einen Verein. Die Übertragung des teilweisen Sorgerechts an ein Jugendamt bezog sich in 2 350 Fällen (26 %) nur auf das Aufenthaltsbestimmungsrecht, mit dem die Befugnis zu Entscheidungen des alltäglichen Lebens verbunden ist. Genaue Vergleichsdaten der einzelnen Bundesländer für die Jahre

2007 und 2008 stehen im Internet unter www.destatis.de/publikationen, Suchwort „Sorgerecht“. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 269/2009*

Wirtschaftskrise trifft Jugendliche. Die derzeitige wirtschaftliche Krise hat nach Auffassung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) gravierende Auswirkungen auf die Zukunftschancen der jungen Generation. Dies gehe aus einem Vergleich mit dem Juli 2008 hervor. Während sich die Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr insgesamt um 7,9 % erhöht habe, zeige sich in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen mit 18,3 % ein deutlich stärkerer Anstieg. Die Zahl der vermittelten Ausbildungsplätze ging laut BDJ gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 22000 zurück. Besonders prekär sei die Situation für Jugendliche, die sich in sozialer Hinsicht oder wegen individueller Beeinträchtigungen im Nachteil befinden. Weitere Informationen unter www.bdkj.de. *Quelle: Pressemitteilung des BDKJ 7.2009*

Allein erziehen in Bayern. Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Selbstverlag. München 2008, 142 S. kostenlos
DZI-D-8765

Immer mehr Mütter und Väter erziehen ihre Kinder allein. In Bayern beispielsweise ist die Zahl der Einelternfamilien in den letzten zehn Jahren um 40 % angestiegen und lag im Jahr 2008 bei 240 000. Doch trotz der Normalität der neuen Familienform in diesem Bundesland stehen die alleinerziehenden Mütter oder auch Väter oft vor vielfältigen Problemen und Herausforderungen, zu deren Bewältigung diese Broschüre einen Beitrag leisten möchte. Sie informiert über Beratungsstellen, die in schwierigen Situationen wie Schwangerschaft, Partnerschaftskrise oder Verschuldung zur Seite stehen, und gibt Hinweise zu neueren Entwicklungen bezüglich Elterngeld und Betreuungsunterhalt, zu juristischen, steuerrechtlichen und versicherungsrechtlichen Fragen und zu finanziellen Hilfen sowie Regelungen bezüglich Erwerbstätigkeit und Ausbildung. Darüber hinaus werden verschiedene Möglichkeiten der Kinderbetreuung beschrieben, wie unter anderem Kinderkrippen, Horte, Kindertageseinrichtungen und Ganztagesangebote an Schulen. Bestelladresse: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Winzerstraße 9, 80797 München, Tel.: 089/12 61-16 60, E-Mail: kommunikation@stmas.bayern.de

Mehrbedarf an Erzieherinnen und Erziehern. Mit dem ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 vorgesehenen Rechtsanspruch auf Betreuungsangebote für Kinder bis zum dritten Lebensjahr wird der Bedarf an Krippenplätzen voraussichtlich steigen. Allein in Westdeutschland fehlen nach Angaben der Dortmund Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik rund 24 000 Erzieherinnen und Erzieher für den von der Bundesregierung geplanten Ausbau der Kinderbetreuung. Um der wachsenden Nachfrage zu begegnen, sei es nötig, die Ausbildungskapazitäten erheblich zu erweitern. *Quelle: Stimme der Familie 2.2009*

Ausweitung des Schulbedarfspakets. Ab dem 1. August 2009 wird das Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro pro Jahr nicht nur an Beziehende von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe ausbezahlt, sondern auch an Familien, die we-

gen niedrigen Einkommens einen Kinderzuschlag erhalten. Eine Anrechnung auf andere Sozialleistungen erfolgt nicht. Da die Beschränkung auf Schulbesuche bis zur 10. Klasse entfällt, wendet sich das Angebot nun auch an Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe und Jugendliche an berufsbildenden Schulen unter 25 Jahren. Vorgesehen ist der jeweils zu Schuljahresbeginn ausgezahlte Betrag für die Ausstattung mit Lernmitteln, Schulmaterialien und Sportbekleidung. *Quelle: Informationen für Einelternfamilien 3.2009*

Neue Online-Literaturdatenbank zum Thema „Frühe Hilfen“. Das Informationszentrum Kindesmisshandlung/ Kindesvernachlässigung (IzKK) des Deutschen Jugendinstituts hat seine Literaturdatenbank im Internet um das Themenfeld „Frühe Hilfen“ erweitert. Die Datenbank wird ständig aktualisiert und umfasst insgesamt über 16 000 Nachweise deutsch- und englischsprachiger Fachliteratur zum Schwerpunkt „Gewalt gegen Kinder“ aus Quellen wie zum Beispiel Monographien, Sammelbänden, Buchaufsätzen, Zeitschriftenartikeln, Tagungsdokumentationen und audiovisuellen Materialien. Gesucht werden kann nach bibliographischen Angaben oder mit Hilfe einer Reihe von über 100 vorgegebenen inhaltlichen Schlagworten. *Quelle: Information des Deutschen Jugendinstituts e.V. vom Juli 2009*

► Ausbildung und Beruf

Studie zum Stress. Im Auftrag der Techniker-Krankenkasse und des FAZ-Instituts führte das Forsa-Institut im Januar dieses Jahres eine repräsentative Telefonumfrage zum Thema der Stresswahrnehmung durch. Im Bundesgebiet wurden 1014 Personen zwischen 14 und 65 Jahren interviewt, wobei sich herausstellte, dass mehr als 80 % von ihnen ihr Leben als stressig empfinden. Als Ursachen wurden häufig Probleme in Beruf, Schule oder Studium und finanzielle Sorgen genannt. Betroffen sei vor allem die Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen. Von den Angestellten klagten ein Drittel über Termindruck oder die Erwartung, durch E-Mails und Mobiltelefone ständig erreichbar zu sein. Am höchsten war die Belastung in Baden-Württemberg, wo 48 % der Befragten sich gestresst fühlten, während der Vergleichswert für Bayern mit 37 % am niedrigsten ausfiel. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 7-8.2009*

Zugang zur Pflegeausbildung erleichtert. Da im Hinblick auf die demographische Entwicklung ein steigender Bedarf an Pflegekräften zu erwarten ist, beabsichtigt die Bundesregierung, verstärkt Absolvierende von Hauptschulen in der Alten- und Krankenpflege einzusetzen. Entsprechend wurde am 10. Juli dieses Jahres vom Bundesrat eine Gesetzesänderung beschlossen, wonach auch ein Hauptschulabschluss den Zugang zu einer Ausbildung im Pflegebereich ermöglicht. *Quelle: Tagesspiegel vom 23. Juli 2009*

Ausbildungsplatzsuche zählt bei der Rente. Jugendliche, die nach Abschluss der Schule noch einen Ausbildungsplatz suchen, sollten sich bei der Agentur für Arbeit melden, um Nachteile bei der späteren Rente zu vermeiden. Angerechnet wird eine Wartezeit, sofern die Schulabgängerinnen und -abgänger sich im Alter zwischen 17 und 25 Jahren befinden und mindestens einen vollen Kalender-

monat als Ausbildungssuchende registriert sind, wobei ein Anspruch auf Leistungen der Agentur für Arbeit keine Voraussetzung darstellt. Weitere Informationen gibt es bei den Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung, über das kostenlose Bürgertelefon 0800/100 04 80 88 und im Internet unter www.deutsche-rentenversicherung-in-bayern.de. *Quelle: Information der Deutschen Rentenversicherung in Bayern vom 24. Juli 2009*

Jobmesse Medizin und Gesundheit. Am 27. und 28. November 2009 findet im Wissenschaftspark Gelsenkirchen die Jobmesse Medizin und Gesundheit statt, in deren Rahmen Arbeitnehmende und Arbeitgebende aus dem Gesundheitswesen Gelegenheit erhalten, Kontakte zu knüpfen. Zielgruppe der Messe sind Fachärztinnen, Fachärzte, examiniertes Pflegepersonal, Pflegekräfte mit Fachweiterbildung, Altenpflegekräfte sowie Studierende und Graduierte der Humanmedizin und der Gesundheits- und Pflegewissenschaften, denen eine Plattform geboten wird, um sich über aktuelle berufliche Möglichkeiten zu informieren. Parallel dazu eröffnet die Fachtagung „Berufswelt Gesundheit: Trends und Chancen“ Einblick in neuere Entwicklungen der Branche. *Quelle: Presseinformation des Wissenschaftsparks Gelsenkirchen vom 31. Juli 2009*

Ausbildung „Mediation und Konfliktmanagement“. Die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt bietet im Jahr 2010 wieder eine Ausbildung zum Thema „Mediation und Konfliktmanagement“ an. Vermittelt werden praxisorientierte Methoden der Konfliktbearbeitung sowie Möglichkeiten der Umsetzung des Mediationsverfahrens in verschiedenen Anwendungsfeldern. Das Angebot, das sich an den Richtlinien des Bundesverbandes Mediation orientiert, besteht aus einer siebenmonatigen Grundausbildung von April bis November 2010 und einer Vertiefung von Februar bis Juni 2011. Zielgruppe sind Fachkräfte der Jugendhilfe, Jugendarbeit, Jugendbildung und Gemeinwesenarbeit sowie andere Berufsgruppen, die Mediation in ihrem beruflichen Alltag einsetzen möchten. Weitere Informationen zu den Inhalten und Modalitäten der Ausbildung sind im Internet unter www.jugendbildung.org zu finden. *Quelle: Mitteilung der Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt vom Juli 2009*

Tagungskalender

5.-6.10.2009 Bonn-Bad Godesberg. Zweite Fach- und Vernetzungstagung des Forums für eine kultursensible Altenhilfe: Hand in Hand?! Ältere zugewanderte Menschen in Familie und Gesellschaft. Information: Forum für eine kultursensible Altenhilfe, c/o Aktion Courage e.V., Kaiserstraße 201, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/914 00 45, E-Mail: info@kultursensible-altenhilfe.de

4.-5.11.2009 Berlin. Fachtagung: Doing Family. Familienalltag heute. Information: Deutsches Jugendinstitut e.V., Nockherstraße 2, 81541 München, Tel.: 089/623 06-244, E-Mail: weber@dj1.de

19.-20.11.2009 München. Fachtagung: „Es kann sein, was nicht sein darf ...“ Jungen als Opfer sexualisierter Gewalt. Information: Kinderschutz e.V., Kathi-Kobus-Straße 9, 80797 München, Tel.: 089/23 17 16-9120, E-Mail: mail@kibs.de

20.-21.11.2009 Gütersloh. Fachkongress: Kindheit mit psychisch belasteten und süchtigen Eltern. Kinderschutz durch interdisziplinäre Kooperation. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V., Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

20.-21.11.2009 Neubrandenburg. Tagung: Sie kommen!!! Systemische Gesichter aufsuchender Hilfen in der Sozialen Arbeit. Information: Hochschule Neubrandenburg, Brodäer Straße 2, 17033 Neubrandenburg, Internet: www.tagung.hs-nb.de/aufsuchende-hilfen/

23.-25.11.2009 Ludwigshafen. Fachwoche Straffälligenhilfe: Achten statt Achten in Straffälligenhilfe und Kriminalpolitik! Information: Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband, Karlstraße 40, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/ 200-121, E-Mail: cornelius-wichmann@caritas.de

26.11.2009 Frankfurt am Main. Fachkonferenz: Bildung anders erlebt. Szenarien aus der Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule. Information: Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit, Referat II 2, Dostojewskistraße 4, 65187 Wiesbaden, Tel.: 06 11/817-38 58, E-Mail: ulrich.bachmann@hmaf.g.hessen.de

8.-10.12.2009 Hamburg. Seminar: Rehabilitation und Teilhabe psychisch kranker und behinderter Menschen. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), Walter-Kolb-Straße 9-11, 60594 Frankfurt am Main, Fax: 069/60 50 18-29, E-Mail: marion.koenig@bar-frankfurt.de